

Magistrat der Stadt Wien  
Magistratsabteilung 64  
Lerchenfelder Straße 4  
A-1082 Wien  
Tel.: (+43 1) 40 00-Dw  
Fax: (+43 1) 40 00-99-89910  
E-Mail: [post@ma64.wien.gv.at](mailto:post@ma64.wien.gv.at)  
[www.wien.at/ma64/](http://www.wien.at/ma64/)

## MA 64 - 2109/2012

Ökostromgesetz;  
Verordnung des Vorstands der E-Control  
über den Preis von durch die Ökostrom-  
Abwicklungsstelle zuzuweisenden Herkunftsnachweise 2012 (Herkunftsnachweis-  
Preisverordnung 2012); Begutachtung;  
Entwurf;  
Stellungnahme

Wien, am 31.05.2012

**Termin: 4.6.2012**

**Vorher zur Einsicht:**  
Herrn amtsführenden  
Stadtrat für Wohnen,  
Wohnbau und Stadt-  
erneuerung:

Energie-Control Austria  
[stromkennzeichnung@e-control.at](mailto:stromkennzeichnung@e-control.at)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem Entwurf der im Betreff näher bezeichneten Verordnung wird seitens des Landes Wien wie folgt Stellung genommen:

Im vorliegenden Entwurf ist für die Herkunftsnachweise ein Netto-Preis von 2,5 Euro/MWh vorgesehen. Gemäß den Erläuterungen hat die Regulierungsbehörde die Höhe des Zertifikatspreises aufgrund von Literaturanalysen, Marktdaten und Gesprächsinformationen festgelegt. Angeführt werden Quellen für teils angebotene und teils gehandelte Herkunftsnachweise, wobei die Mengen der gehandelten Preise nicht erwähnt werden. Der amerikanische Markt ist nicht relevant. Die Preise von Produkten im Tarifikalkulator (genannt werden Aufschläge von ca. 25% auf den

Strompreis) geben ebenfalls keinen geeigneten Hinweis und lassen offen, ob diese Produkte von den Kunden auch angenommen werden. Fraglich ist auch, für welche Herkunftsnachweise 4 Euro im Ausland zu erzielen sind.

Eine detaillierte und nachvollziehbare Begründung dafür, dass die genannten 2,5 Euro/MWh angemessen sind, kann somit den Erläuterungen nicht entnommen werden.

Stromhändler werden in Zukunft den Zertifikatspreis in den Strompreis einrechnen. Es wäre daher aus Gründen der Transparenz aber auch um künftige Erhöhungen oder Senkungen des Preises im Vergleich zum Basisjahr 2012 nachvollziehen zu können, eine nähere Begründung geboten.

Im Übrigen wird angemerkt, dass die Erlassung der Herkunftsnachweispreisverordnung 2012 durch den Vorstand der E-Control im Hinblick auf die höchstgerichtliche Judikatur im Zusammenhang mit der Erlassung von generellen Normen durch weisungsfrei gestellte ausgegliederte Rechtsträger verfassungsrechtlich bedenklich erscheint.

Der Verfassungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 6.10.2006 (VfSlg 17961) festgehalten, dass es im Sinne des die Rechtsordnung beherrschenden demokratischen Gedankens bedenklich wäre, die Schaffung genereller Normen, also von Akten der materiellen Gesetzgebung, unabhängigen Organen zu übertragen, die – anders als bei der Verordnungserlassung durch oberste Organe und deren weisungsgebundene nachgeordnete Organe – weder der unmittelbaren noch der mittelbaren parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Dieser Gedanke ist laut Rechtsgutachten des Univ. Prof. Dr. Andreas Hauer zur künftigen Organisation der Energie-Regulierungsbehörde (erstellt im Auftrag des BMWFJ im August 2009) verallgemeinerungsfähig. Nach seiner Ansicht hat der Gerichtshof generelle verfassungsrechtliche Bedenken, dass weisungsfrei gestellten ausgegliederten Rechtsträgern durch einfaches Gesetz die Kompetenz zur Erlassung von Verordnungen übertragen wird (zustimmend auch P. Oberdorfer und H. Hauenschild, K. Oberdorfer, P. Oberdorfer, F. Schneider, ElWOG 2010 zur § 19, FN 14, 72.).

Referentin:  
Mag.<sup>a</sup> Pass  
☎ 4000 - 89959

Mit freundlichen Grüßen  
Die Abteilungsleiterin:  
i.V. Dr. Kirchmayer

**Nachrichtlich an:**

- 1.) MD-K;
- 2.) MD-KLI;
- 3.) MD-BD;
- 4.) MD-E;
- 5.) MA 5;
- 6.) MA 20;
- 7.) Wien Energie GmbH;
- 8.) Wien Energie Stromnetz GmbH.